

Vergütungsvereinbarung für meine Tätigkeit

1 Mandatsumfang

Die Vergütungsvereinbarung umfasst meine Tätigkeit der Rechtsanwältin für Sie in dieser Sache, also Ihre außergerichtliche und ggf. auch gerichtliche Vertretung mit allen sich daraus ergebenden Folgesachen sowie sämtlichen damit in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten.

Wenn Sie es so beauftragen, übernehme ich auf Grundlage dieser Vergütungsvereinbarung auch Tätigkeiten für Unternehmen, deren vertretungsberechtigte Person Sie sind. Ungeachtet dessen besteht das Mandatsverhältnis auch in diesem Fall nur mit Ihnen.

2 Vergütung

Ich rechne meine Tätigkeit nach Zeitaufwand ab; diesen erfasse ich minutengenau. Abgerechnet wird in der Regel monatlich. Die Rechnungen sind binnen 7 Tagen zur Zahlung fällig.

Der vereinbarte Stundensatz ergibt sich aus dem gesonderten Schreiben an Sie.

Auf sämtliche nach dieser Vereinbarung geschuldeten Zahlungen fällt Umsatzsteuer in jeweils gesetzlicher Höhe, derzeit 19% an.

Soweit eine Erstberatung erfolgt ist, wird diese nicht auf die nachfolgende Tätigkeit angerechnet.

Für Reisen außerhalb meines Kanzleiorts berechne ich die Hälfte des obigen Stundensatzes, daneben die von mir verauslagten Reisekosten.

3 Vorschuss

Für die Vergütung und Auslagen berechne ich angemessene Vorschüsse und behalte mir bis zu deren Bezahlung ein Zurückbehaltungsrecht vor.

4 Sonstige Bestimmungen

Die Abrechnung nach Zeitaufwand gilt auch für die Vertretung in gerichtlichen Angelegenheiten. **Unterschreitet das Zeithonorar allerdings die für diese Tätigkeit vorgesehenen gesetzlichen Gebühren nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), sind die gesetzlichen Gebühren geschuldet.**

Eine Anrechnung der Vergütung auf gesetzliche Gebühren aus einer vorherigen oder nachfolgenden Tätigkeit wird ausgeschlossen.

Mit Zahlung des Rechnungsbetrages erkennt der Auftraggeber die jeweils zugrundeliegende Honorarforderung an.

Soweit Kosten und Auslagen vorstehend nicht geregelt sind, gelten die Bestimmungen der Nr. 7000 ff. des Vergütungsverzeichnisses (VV RVG).

5 Hinweise

Die vorstehende Vergütungsvereinbarung weicht von den gesetzlichen Gebühren gemäß Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) ab. Jene Gebühren richten sich gem. § 2 Abs. 1 RVG nach dem Gegenstandswert, welcher sich grundsätzlich nach Ihrem wirtschaftlichen Interesse an dem Vorgang bemisst.

Die hier vereinbarten Honorare können die gesetzlichen Gebühren übersteigen. Insofern weise ich darauf hin, dass die gegnerische Partei, ein Verfahrensbeteiligter oder die Staatskasse im Falle der Kostenerstattung **regelmäßig nicht mehr als die gesetzliche Vergütung erstatten muss.**

Cornelia Hübner

Rechtsanwältin
Fachanwältin für Handels-
und Gesellschaftsrecht
Zertifizierte Unternehmens-
nachfolgeberaterin (zentUma e.V.)



Allgemeine Mandatsbedingungen

Stand: 10.10.2025

Diese Allgemeinen Mandatsbedingungen gelten für alle Verträge zwischen der Rechtsanwältin und der / dem Mandatierenden mit folgenden Inhalten:

1. Die Erteilung von rechtlichem Rat und Auskunft,
2. eine anwaltliche Geschäftsbesorgung (z. B. außergerichtliche Vertretung, Erstellung von Verträgen etc.) oder
3. die Vertretung in einem gerichtlichen oder behördlichen Verfahren
in diesem Vertrag genannt: „Das **Mandat**“ oder „Die **Beratungsleistung**“),

Sie gelten auch für die Phase der Vertragsanbahnung sowie für alle Folgeverträge.

1 Zustandekommen und Umfang des Mandats

Der Mandatsvertrag kommt erst zustande, wenn die Anwältin den Mandatsantrag des/der Mandatierenden annimmt. Der Umfang des Mandats ist durch den Mandatsantrag des/der Mandatierenden begrenzt. Sofern nicht durch Vereinbarung wenigstens in Textform ausdrücklich anders vereinbart,

- a. wird die Rechtsanwältin die Rechtssache des/der Mandatierenden sorgfältig prüfen, ihn über das Ergebnis der Prüfung unterrichten und gegenüber Dritten die Interessen des/der Mandatierenden im jeweils beauftragten Umfang rechtlich vertreten;
- b. bezieht sich die Beratungsleistung ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland;
- c. umfasst die Beratungsleistung keine steuerrechtliche Beratung. Steuerliche Auswirkungen hat die/der Mandatierende durch fachkundige Dritte auf eigene Veranlassung und Kosten klären zu lassen. Der Rechtsanwältin sind etwaige steuerrechtliche Gestaltungsanforderungen rechtzeitig mitzuteilen;
- d. wird die Beratungsleistung ausschließlich gegenüber der/dem Mandatierenden erbracht. Die Rechtsanwältin übernimmt gegenüber Dritten keine Haftung oder Verantwortlichkeit, soweit diese nicht durch schriftliche Vereinbarung ausdrücklich in den Schutzbereich des Mandats einbezogen werden;
- e. ist die Rechtsanwältin zur Einlegung von Rechtsmitteln (z. B. Berufung gegen ein erstinstanzliches Urteil) und Rechtsbehelfen nur dann verpflichtet, soweit dies durch Vereinbarung wenigstens in Textform ausdrücklich als Mandatsinhalt vereinbart wurde;
- f. ist die Sprache im Mandat deutsch. Die Übersetzung von Rechtstexten durch die Rechtsanwältin ist nicht geschuldet. Die Beauftragung einer Übersetzung erfolgt durch die/den



Mandatierenden selbst. Übernimmt die Rechtsanwältin auf Wunsch der/des Mandatierenden die Übersetzung, haftet sie für Übersetzungsfehler nicht.

2 Vergütung

Die Abrechnung des Mandats erfolgt nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), soweit nicht eine individuelle Vergütungsvereinbarung mit der Rechtsanwältin geschlossen wurde.

Die für die Tätigkeit der Rechtsanwältin nach dem RVG anfallenden Gebühren richten sich, mit Ausnahme von Strafsachen oder bestimmten sozialrechtlichen Angelegenheiten, nach dem Gegenstandswert des Mandats und/oder nach einer gesondert vereinbarten Vergütungsvereinbarung.

Werden in außergerichtlichen Angelegenheiten niedrigere als die im RVG vorgesehenen Gebühren vereinbart, ist eine solche Vereinbarung nur verbindlich, wenn sie mindestens in Schrift- oder Textform geschlossen wurde.

Es wird darauf hingewiesen, dass die gegnerische Partei, ein Verfahrensbeteiligter oder die Staatskasse im Falle der Kostenerstattung regelmäßig nicht mehr als die gesetzliche Vergütung erstatten muss.

3 Beginn der Tätigkeit

Eine Verpflichtung zum Tätigwerden der Rechtsanwältin besteht frühestens mit Annahme des Mandats und nach Ablauf eines etwaigen Widerrufsrechts bzw. vor dessen Ablauf mit einem ausdrücklichen Verlangen der/des Mandatierenden mit dem Inhalt:

„Ich verlange ausdrücklich, dass die Rechtsanwältin bereits vor Ablauf der 14-tägigen Widerrufsfrist mit der Mandatsbearbeitung beginnt und stimme einem entsprechenden Beginn der Mandatsbearbeitung zu. Die Rechtsanwältin hat mich darauf hingewiesen, dass mein Widerrufsrecht schon vor Ablauf der 14-tägigen Widerrufsfrist erlischt, wenn die Rechtsanwältin zuvor ihre anwaltliche Leistung vollständig erbracht hat.“

4 Verschwiegenheit

Die Rechtsanwältin ist berufsrechtlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bezieht sich auf alles, was die/der Mandatierende ihr im Rahmen des Mandats anvertraut oder was der Rechtsanwältin sonst bekannt wird. Insoweit steht ihr grundsätzlich ein Zeugnisverweigerungsrecht zu. Sie ist jedoch berechtigt, zur Erfüllung eigener steuerlicher Pflichten den Finanzbehörden die Mandatsbeziehung (Name, Adresse, Umsatzsteuer-ID der/des Mandatierenden, Gegenstand des Mandats und Höhe und Zusammensetzung der Vergütung) offenzulegen.

Sofern die/der Mandatierende die Inanspruchnahme einer von ihr/ihm unterhaltenen Rechtsschutzversicherung wünscht und die Rechtsanwältin beauftragt, Versicherungsleistungen in Anspruch zu nehmen, ist die Rechtsanwältin unwiderruflich von ihrer Verschwiegenheitsverpflichtung der Versicherung gegenüber befreit.

Sofern die/der Mandatierende die Rechtsanwältin damit beauftragt, Kontakt zu anderen Beratern aufzunehmen, insb. der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe, aber auch unternehmensberatenden Personen, entbindet er die Rechtsanwältin damit von ihrer Verschwiegenheit diesen gegenüber, soweit es erforderlich ist, um das jeweilige Anliegen der/des Mandatierenden zu verfolgen.

5 Kommunikation

Die Rechtsanwältin kommt ihrer Informationspflicht durch die Nutzung der von der/dem Mandatierenden mitgeteilten Kommunikationswege nach. Die insoweit von der/dem Mandatierenden mitgeteilten Kontaktdaten sind bis zur Mitteilung einer Änderung maßgeblich. Wünscht die/der Mandatierende etwas Abweichendes, wird sie/er der Rechtsanwältin hierzu eine Weisung wenigstens in Textform erteilen.

Die/der Mandatierende wird darauf hingewiesen, dass insbesondere die Kommunikation per E-Mail nicht vor Zugriffen Dritter geschützt ist, sofern beim Sender und beim Empfänger nicht technische Vorkehrungen (insbesondere Verschlüsselung, keine Verwendung des HTML-Formats) getroffen wurden.

6 Haftungsbeschränkung

Die Haftung der Rechtsanwältin aus dem zwischen ihr und der/dem Mandatierenden bestehenden Mandat auf Ersatz eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Schadens ist auf EUR 1.000.000,00 beschränkt (§ 52 Abs. 1 S. 1 Ziff. 2 Bundesrechtsanwaltsordnung). Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht bei grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Schadensverursachung, ferner nicht für eine Haftung für schuldhaft verursachte Schäden wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.

Die Rechtsanwältin hat eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen, die je Versicherungsfall 2.000.000 EUR abdeckt; die Gesamtleistung des Versicherers für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme. Sofern die/der Mandatierende wünscht, eine über diesen Betrag hinausgehende Haftung abzuschließen, besteht für jeden Einzelfall die Möglichkeit einer Zusatzversicherung, die auf Wunsch und Kosten der/des Mandatierenden abgeschlossen werden kann.

7 Beendigung des Mandats

Der Mandatsvertrag ist von der/dem Mandatierenden jederzeit, von der Rechtsanwältin unter Einhaltung einer Frist von einem Monat zum Monatsende kündbar. Das Recht für beide Seiten zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

Die Kündigung der Vollmacht und des Mandatsvertrag bedarf mindestens der Textform (E-Mail, Telefax).

Die Verpflichtung zur Aufbewahrung der Handakten und Herausgabe der Urkunden, gleich welcher Art, erlischt 6 Monate nach Beendigung des Mandats.

8 Abtretung

Rechte aus dem Mandat dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Rechtsanwältin abgetreten werden.

9 Schlichtungsstelle und Gerichtsstand

Zuständige Verbraucherschlichtungsstelle in Deutschland für vermögensrechtliche Streitigkeiten aus einem Mandatsverhältnis ist die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft, Rauchstraße 26, Tiergarten, 10787 Berlin, <https://www.schlichtungsstelle-der-rechtsanwaltschaft.de/>.

Die Rechtsanwältin ist nicht verpflichtet, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

Als Gerichtsstand wird der Sitz der Rechtsanwältin vereinbart, sofern die/der Mandatierende Unternehmer ist oder unabhängig davon für den Fall, dass die/der Mandatierende nach Auftragserteilung den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland verlegt oder der Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.

Leistungsort ist der Sitz der Kanzlei der Rechtsanwältin, es sei denn, es wird schriftlich ein anderer Leistungsort ausdrücklich vereinbart.

10 Angaben gemäß § 2 Abs. 1 Dienstleistungs-Informationspflichten-Verordnung - DL-InfoV

1. Vorname Nachname Dienstleisterin: Cornelia Hübner

2. Anschrift/ladungsfähige Anschrift: Wöschbacher Str. 31, 76327 Pfinztal

Telefonnummer: 0721 66597472 **E-Mail-Adresse:** mail@huebnerrecht.de

3. Die Dienstleisterin ist in Einzelkanzlei freiberuflich tätig und in keinem Handelsregister o.ä. eingetragen.

4. Anwaltszulassung: Rechtsanwältin in der Bundesrepublik Deutschland, zugelassen durch die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe, Reinhold-Frank-Straße 72, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-25340, Fax. 0721-266275.

5. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: DE342877457

6. Berufshaftpflichtversicherung: Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sind aufgrund der Bundesrechtsanwaltsordnung verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestversicherungssumme von 250.000 Euro zu unterhalten. Die Einzelheiten ergeben sich aus § 51 BRAO. Cornelia Hübner ist versichert über die NÜRNBERGER Allgemeine Versicherungs AG, Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg.

Versicherungsschutz besteht für

- die weltweite Tätigkeit im Zusammenhang mit der Beratung und Beschäftigung mit europäischem Recht sowie dem Recht der Türkei und außereuropäischer Hoheitsgebiete europäischer Staaten, die der Europäischen Union oder dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören
- Tätigkeiten vor europäischen Gerichten sowie Gerichten der vorstehend genannten Hoheitsgebiete in europäischem Recht oder dem Recht des jeweiligen Hoheitsgebietes. Vor türkischen Gerichten besteht Versicherungsschutz auch in türkischem Recht
- die weltweite Inanspruchnahme des Versicherungsnehmers für Haftpflichtansprüche aus der Beratung und Beschäftigung mit europäischem Recht. Lediglich für den besonderen Fall, dass der Versicherungsnehmer vor einem außereuropäischen Gericht in Anspruch genommen wird, besteht Versicherungsschutz nur in Höhe der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestpflichtversicherungssumme.
- Versicherungsschutz besteht auch für die Tätigkeit
 - a) als Abwickler einer Praxis gemäß § 55 BRAO, Zustellungsbevollmächtigter gemäß § 30 BRAO,
 - b) Notarvertreter für die Dauer von 60 Tagen innerhalb eines Versicherungsjahres
 - c) Vermittler, Schlichter, Schiedsrichter und Mediator gemäß § 18 BORA

11 Schlussbestimmungen

Die beigefügte

Anlage 1: Informationen zu einem Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen und

Anlage 2: Mandanteninformation zum Datenschutz gemäß Art. 13 DSGVO (Informationspflichten)

sind wesentliche Bestandteile dieser allgemeinen Mandatsbedingungen.

Für alle vertraglichen Beziehungen zwischen dem Mandatierenden und der Rechtsanwältin gilt ausschließlich das materielle Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Sollte eine dieser Mandatsbestimmungen unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung verpflichten sich die Parteien, eine Regelung zu vereinbaren, die wirtschaftlichen Gehalt der unwirksamen Regelung am nächsten kommt.

Cornelia Hübner

Rechtsanwältin

Fachanwältin für Handels-
und Gesellschaftsrecht

Zertifizierte Unternehmens-
nachfolgeberaterin (zentUma e.V.)

Anlage 1

Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen

Sofern die/der Mandatierende Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist, das Mandat ausschließlich unter Einsatz von Fernkommunikationsmitteln zustande kam und der Vertragsabschluss im Rahmen eines von der Rechtsanwältin für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- und Dienstleistungssystem erfolgte, steht der/dem Mandatierenden ein Widerrufsrecht zu.

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (huebnerrecht, Cornelia Hübner, Wöschbacher Str. 31, 76327 Pfinztal, mail@huebnerrecht.de, Telefax: 0721 6655 6397) mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigegefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen sollen, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

Muster-Widerrufsformular (Verwendung nicht vorgeschrieben)

An:

huebnerrecht, Cornelia Hübner, Wöschbacher Str. 31, 76327 Pfinztal,
per Post, E-Mail: mail@huebnerrecht.de oder Telefax: 0721 6655 6397

Hiermit widerrufe(n) ich/wir,

.....
(Vorname, Nachname, Straße, PLZ Ort)

den von mir/uns abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung
Rechtsberatung in folgender Angelegenheit:

.....

Datum / Unterschrift

Anlage 2: Mandanteninformation zum Datenschutz gemäß Art. 13 DSGVO (Informationspflichten)

Im Rahmen der Mandatierung ist es erforderlich, persönliche Daten des / der Mandatierenden sowie der Gegner:innen zu erheben und zu verarbeiten.

Nachfolgend gebe ich Informationen, um welche personenbezogenen Daten es sich handelt sowie über die Rechte als betroffene Person und teile die Stelle mit, die für die Datenverarbeitung verantwortlich ist.

1 Kurzzusammenfassung/Einleitung

1.1 Mit dieser Datenschutzinformation informieren wir Sie darüber, wie wir als Kanzlei Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen unserer Mandatierung verarbeiten. Wir legen großen Wert auf den Schutz Ihrer Daten und möchten Sie verständlich und transparent über Art, Umfang und Zweck der Erhebung und Verwendung aufklären. Die wichtigsten Aspekte sind:

- Ihre Daten verwenden wir nur für die anwaltliche Beratung und Vertretung.
- Es kommen moderne IT-Tools zum Einsatz – Ihre Daten sind stets geschützt.
- Umfangreiche Rechte stehen Ihnen zu (z. B. Auskunft, Berichtigung, Löschung).
- Details finden Sie in den folgenden Abschnitten.

Bei Fragen steht Ihnen unsere Kanzlei gerne zur Verfügung

2 Name und Anschrift des Verantwortlichen

huebnerrecht, Cornelia Hübner – im Weiteren auch: „ich“ oder „wir“
Wöschbacher Str. 31, 76327 Karlsruhe
Telefon: 0721 6659 7472
E-Mail: mail@huebnerrecht.de
Internetseite: <http://www.huebnerrecht.de/>

3 Hinweise zur Datenverarbeitung

- 3.1 Im Rahmen des Mandatsverhältnisses verarbeiten wir personenbezogene Daten, die für die Abwicklung des Mandats notwendig sind. Ohne diese Informationen können wir das Mandat nicht ordnungsgemäß bearbeiten.
- 3.2 Die Verarbeitung erfolgt ausschließlich elektronisch unter Nutzung von Software.
- 3.2.1 Zur Durchführung unserer Geschäftsprozesse als Anwaltskanzlei einschließlich der Buchführung nutzen wir eine Softwareanwendung und Speicherplatz zum Ablegen der erzeugten Anwendungsdaten namens „actaport“. Wir haben hierzu mit der dokSAFE GmbH, Weißenfeller Str. 71, 04229 Leipzig, Amtsgericht Leipzig, HRB 32536, mit Sitz in Leipzig, einen Vertrag über die Nutzung deren Softwareanwendung namens „Actaport“ über eine Telekommunikationsverbindung sowie die Möglichkeit zur Ablage von Anwendungsdaten in der „Microsoft Cloud“ abgeschlossen. dokSAFE GmbH stellt zudem im Rahmen des Vertrages Nutzungsrechte an der Software „MS 365“ der Microsoft Ireland Operations Ltd. bereit. Die Nutzung von „Actaport“ ist nur in Verbindung mit gleichzeitiger Nutzung von „MS 365“ und der „Microsoft Cloud“ durch den Auftraggeber möglich.

Die Services der Microsoft Cloud verschlüsseln die Daten vor dem Speichern. Zusätzlich werden die Dokumente mit Hilfe eines komplexen Schlüsselmanagements von Actaport codiert, bevor sie in die Cloud kommen. Für den Fall, dass (z. B. aufgrund von Anordnungen der Justizbehörden eines Drittlandes) Zugriff auf die Microsoft Cloud bestünde, würde dort nur das verschlüsselte, also unleserliche Datenmaterial vorgefunden.

Die Speicherung der verschlüsselten Daten erfolgt georedundant an zwei regional getrennten Standorten in Deutschland auf deutschen ISO 27001 und ISO 27018 zertifizierten Hochsicherheitsservern.

- 3.2.2 Für die administrative Verwaltung unserer IT-Infrastruktur (Hard- und Software) sowie die Behebung von Systemfehlern und die Wartung unserer Systeme, haben wir einen externen Dienstleister beauftragt. Dieser wird als Auftragsverarbeiter i.S.d. Art. 28 DSGVO tätig und erhält unter Umständen Kenntnis von personenbezogenen Daten unserer Mandanten. Auftragsverarbeiter wählen wir sorgfältig aus. Sie sind an unsere Weisungen gebunden und werden regelmäßig kontrolliert. Im Übrigen erfolgt nur dann eine Offenlegung Ihrer Daten gegenüber anderen Empfängern, wenn wir auf dies nachfolgend gesondert hinweisen.

3.2.3 Für die Kommunikation mit Gerichten sind wir gesetzlich verpflichtet, das besondere elektronische Anwaltspostfach („beA“) zu nutzen, erreichbar unter <https://www.bea-brak.de/beaportal/>, welches durch die Bundesrechtsanwaltskammer gemeinsam mit der Bundesnotarkammer betrieben wird. Nach deren Angaben wird bei der Entwicklung und dem Betrieb des beA-Systems dem Datenschutz ein ganz besonders hoher Stellenwert eingeräumt. Sämtliche im beA-System gespeicherten Nachrichten sind jederzeit verschlüsselt und deshalb sicher vor unbefugtem Zugriff. Die Rechnersysteme des beA befinden sich ausschließlich in Deutschland und unterliegen damit den strengen Vorgaben des deutschen Datenschutzrechtes. Das beA stellt hohe Anforderungen an die verwendeten Sicherheitsmechanismen zur Verschlüsselung der übertragenen Daten. Um diese zu erfüllen, werden starke Verschlüsselungsalgorithmen verwendet.

4 Beschreibung der verarbeiteten Datenkategorien und -quellen

4.1 Die Daten erheben wir in der Regel direkt bei dem / der Mandatierenden. Die Erhebung erfolgt grundsätzlich mit Erteilung des Mandats über einen Mandatserfassungsbogen.

4.2 Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören

Mandantenstammdaten:	Vorname, Nachname, Namenszusätze, Geburtsdatum
Kontaktdaten:	private Anschrift, (Mobil-)Telefonnummer, E-Mail-Adresse
Bankdaten:	Bankverbindung
Weitere Daten, wie z.B.	Beruf, Rechtsschutzversicherung, Versicherungsnummer, Selbstbeteiligung, Identifikationsnummer, Name und Anschrift der Gegner und deren Prozessbevollmächtigten
Bei gesellschaftsrechtlichen Angelegenheiten z.B.:	Art und Umfang der Beteiligung an Unternehmen, Staatsangehörigkeit, Daten der Mitgesellschafter

Bei erbrechtlichen Angelegenheiten z.B.	Name, Geburtsdatum und Anschrift der Angehörigen, Daten über den Ehestatus, früher erstellte Testamente
Bei Unternehmensverkäufen, z.B.:	Art und Umfang der Beteiligung an Unternehmen, Staatsangehörigkeit, Daten der Mitgesellschafter, wirtschaftliche Daten des Unternehmens, Daten der Kaufinteressenten

5 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

Wir verarbeiten personenbezogenen Daten unter Beachtung der Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), der Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA) sowie allen weiteren maßgeblichen Gesetzen und nur für zulässige Zwecke und soweit sie sich auf eine entsprechende Rechtsgrundlage stützen lassen.

Dazu im Einzelnen:

5.1 Verarbeitungszwecke:

Die Verarbeitung der unter Ziff. 4.1. genannten Daten erfolgt zum Zwecke der Identifikation des / der Mandatierenden, der Terminvereinbarung mit ihm, der Kontaktaufnahme mit ihm, seiner rechtlichen Beratung und Vertretung und der damit verbundenen Korrespondenz, ferner zur Rechnungstellung, zur Abwicklung evtl. vorliegender Haftungsansprüche sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen den / die Mandatierenden, zur Interessenkonfliktprüfung sowie zur Erfüllung eigener gesetzlicher und vertraglicher Informations-, Mitteilungs-, Auskunfts-, Aufbewahrungs- und sonstiger Pflichten.

Weiterhin werden personenbezogene Daten des / der Mandatierenden genutzt (Name, Geburtsdatum, E-Mail-Adresse, Anschrift), um diese über aktuelle rechtliche Entwicklungen zu informieren, zu Kanzleiveranstaltungen einzuladen sowie für den Versand von Glückwünschen und jahreszeitlichen Grüßen.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Vertragsdurchführung ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO rechtfertigt die Verarbeitung für die Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen.

Die Wahrung berechtigter Interessen des Verantwortlichen bzgl. der Abwicklung des Zahlungsverkehrs einschl. der Forderungsbeitreibung und Erfüllung von Berufspflichten sowie für die og. sozialen Zwecke erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO.

Art. 6 Abs. 1 lit. a.) DSGVO erlaubt die Verarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung. Soweit eine solche vorliegt, hat der Betroffene das Recht, diese jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

5.2 Speicherdauer:

Die Löschung personenbezogener Daten erfolgt, sobald der Zweck der Verarbeitung entfällt, spätestens jedoch nach Ablauf gesetzlicher Aufbewahrungsfristen (insbesondere nach § 50 BRAO oder § 147 AO), sofern keine berechtigten Interessen an einer weiteren Speicherung bestehen. Solche berechtigten Interessen können etwa in der Dokumentation früherer Mandate bestehen, um anwaltliche Berufspflichten wahren zu können (z. B. Interessenkollisionsprüfung gemäß § 43a Abs. 4 BRAO), zur Abwehr von Haftungsansprüchen oder Durchsetzung von Honoraransprüchen. Soweit das berechnigte Interesse es erlaubt, erfolgt nach Ablauf der gesetzlichen Fristen eine Speicherung personenbezogener Daten nur noch in minimierter Form.

6 Nutzung besonderer externer Programme

6.1 Cloudbasierte Anwaltssoftware „Actaport“, s. oben unter Ziffer 2.2

6.2 „JUPUS“

6.2.1 Wir nutzen die Anwendung „JUPUS“ der JUPUS GmbH, Hohenzollernring 89-93, 50672 Köln, zum Zwecke der Bereitstellung des digitalen Assistenten zur Aufnahme von Informationen und Dokumenten bei der Kontakt- und Mandatsaufnahme, zu der Aufnahme weiterer fallspezifischer Informationen sowie zur Anlage von entsprechenden Ihnen zugehörigen Akten in unserem Organisationssystem.

6.2.2 Die betroffenen Daten sind hier Ihre Kontaktdaten wie Name, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer sowie die von Ihnen in JUPUS eingegebenen weiteren Daten. Zudem werden auch Ort und Zeit der Nutzung von JUPUS verarbeitet.

6.2.3 Ihre Daten werden nicht an sonstige Dritte weitergegeben und die Datenverarbeitung im Zusammenhang mit JUPUS findet ausschließlich in Deutschland statt.

6.2.4 Mit JUPUS haben wir einen Auftragsverarbeitungsvertrag geschlossen, der die Sicherheit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gewährleistet. Weiterhin haben wir JUPUS auf sämtliche für uns als Rechtsanwälte geltenden berufsrechtliche Vorgaben zur Geheimhaltung verpflichtet. Die Rechtsgrundlage zur Nutzung von JUPUS liegt in Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Mit der Bereitstellung eines digitalen Assistenten zur Aufnahme von Informationen, die wir zur Validierung einer potenziellen Vertragsbeziehung (Mandatsbeziehung) mit Ihnen benötigen und der Verarbeitung Ihrer hierin eingegebenen Daten zu diesem Zweck, erfüllen wir eine vorvertragliche Pflicht Ihnen gegenüber. Nähere Informationen zu JUPUS und zum Datenschutz bei JUPUS finden Sie unter <https://www.iupus.de/datenschutz>.

6.3 „Lawlift“

6.3.1 Wir arbeiten für die Erstellung von Verträgen und anderen Dokumenten mit einer Software namens LAWLIFT der LAWLIFT GmbH, Guerickestr. 27, 10587 Berlin. Nähere Informationen zu LAWLIFT und zum Datenschutz bei LAWLIFT finden Sie unter <https://www.lawlift.com/privacy>. LAWLIFT ist eine Software, bei welcher der End-Benutzer in einer in LAWLIFT automatisierten Vorlage durch Beantwortung von Fragen ein (Word-)Dokument erstellen kann. Je nach Antwort des Benutzers fügt die Software Textblöcke, Wörter, Buchstaben, Zahlen, Berechnungen, Klauseln usw. auf der Grundlage der zuvor in der Vorlage definierten Logik ein. Der Fragenkatalog kann auch auf der Grundlage zuvor gegebener Antworten angepasst werden. Der Benutzer kann auch persönliche Daten eingeben.

6.3.2 Die für diese Form der Dokumentenerstellung verwendeten Vorlagen bestehen aus Textbausteinen, Fragen und Antworten, die bei Verwendung der Vorlage die Erstellung eines „finalen ersten“ Entwurfs erleichtern sollen, der so nah wie möglich an der Vorlage ist. Diese Vorlagen enthalten keine personenbezogenen Daten Dritter.

6.3.3 Für den Betrieb der LAWLIFT-Anwendung mietet LAWLIFT GmbH Server bei der Hetzner Online GmbH, Industriestr. 25, 91710 Gunzenhausen, Deutschland. Nach Angabe von LAWLIFT stehen die bei Hetzner angemieteten Server ausschließlich in Deutschland und diese werden von LAWLIFT administriert. Nähere Informationen zu Hetzner und zum Datenschutz bei Hetzner finden Sie unter <https://docs.hetzner.com/de/general/general-terms-and-conditions/data-privacy-faq>.

6.3.4 Personenbezogene Daten von Mandanten (alle Benutzereingaben bei der Dokumentenerstellung) werden bereits auf dem PC des Benutzers verschlüsselt, bevor sie an die Server von LAWLIFT übertragen werden. Erst dann werden die Eingaben über eine zusätzlich gesicherte Verbindung mit TLS/SSL an den LAWLIFT-Server und/oder die Datenbank gesendet. Der dafür verwendete Schlüssel ist auf dem Server von LAWLIFT nicht verfügbar. Dadurch wird sichergestellt, dass weder LAWLIFT noch Dritte Zugriff auf Fall- oder personenbezogene Daten erhalten.

6.3.5 Das bedeutet, dass alle Eingaben, die während der Dokumentenerstellung in LAWLIFT gemacht werden, ihren Personenbezug verlieren. Es handelt sich um eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung auf Zero-Knowledge-Basis.

6.3.6 Wenn es nur einen Benutzer im LAWLIFT-Konto gibt und dieser Benutzer seine Zugangsdaten verliert, können bereits bei der Dokumentenerstellung gemachte Eingaben nicht mehr entschlüsselt werden.

6.3.7 Veröffentlicht der Benutzer seine Vorlage über die sog. Publikationsfunktion und stellt sie somit Dritten zur Verfügung, z.B. über seine eigene Homepage, und verwendet ein Dritter sie sodann zur Erstellung von Dokumenten, gilt das Zero-Knowledge-Prinzip wie folgt: Bei der Erstellung des Dokuments werden die vom Dritten (nicht angemeldet) eingegebenen Daten nicht an die LAWLIFT-Server übertragen. Diese Daten werden von LAWLIFT und auch von uns nicht erfasst oder gespeichert. Die Daten werden nur lokal im Browser auf dem Computer des Dritten gespeichert. Gemäß den internen Sicherheitsrichtlinien werden diese Daten automatisch oder manuell vom Browser des Dritten gelöscht. Zusätzlich werden die Eingaben (Antworten) in der lokal erzeugten Word-Datei und, falls gewünscht, in einer separat erzeugten .json- oder .csv-Datei gespeichert. Wenn die Word-Datei geändert wird, werden die Antworten vom Microsoft Word-System aus der Datei gelöscht. Daten werden nur dann an LAWLIFT-Server übertragen, wenn

1. der Dritte einen LAWLIFT-Account des Account-Inhabers hat (was in der Regel nicht der Fall ist) und (gleichzeitig mit der Beantwortung der Fragen) eingeloggt ist oder
2. wenn nur der Vorlagenfragebogen veröffentlicht wird und der Nutzer auf „Absenden“ klickt.

6.3.8 Wir als LAWLIFT-Kontoinhaber können einstellen, wie wir die Vorlagen veröffentlichen möchten, und somit auch festlegen, ob Daten mit clientseitiger Verschlüsselung oder gar nicht übertragen werden sollen.

6.3.9 Darüber hinaus haben wir mit LAWLIFT eine Datenschutzvereinbarung abgeschlossen.

6.4 „Microsoft Teams“

6.4.1 Wir nutzen das Tool „Microsoft Teams“, um Telefonkonferenzen, Online-Meetings, Videokonferenzen und/oder Webinare durchzuführen (nachfolgend: „Online-Meetings“). „Microsoft Teams“ ist ein Service der Microsoft Corporation, die ihren Sitz in den USA hat.

Hinweis: Soweit Sie die Internetseite von „Microsoft Teams“ aufrufen, ist der Anbieter von „Microsoft Teams“ für die Datenverarbeitung verantwortlich. Ein Aufruf der Internetseite ist für die Nutzung von „Microsoft Teams“ jedoch nur erforderlich, um sich die Software für die Nutzung von „Microsoft Teams“ herunterzuladen.

Sie können „Microsoft Teams“ auch nutzen, wenn Sie die jeweilige Meeting-ID und ggf. weitere Zugangsdaten zum Meeting direkt in der „Microsoft Teams“-App eingeben.

6.4.2 Wenn Sie die „Microsoft Teams“-App nicht nutzen wollen oder können, dann sind die Basisfunktionen auch über eine Browser-Version nutzbar, die Sie ebenfalls auf der Website von „Microsoft Teams“ finden.

6.4.3 Bei der Nutzung von „Microsoft Teams“ werden verschiedene Datenarten verarbeitet. Der Umfang der Daten hängt dabei auch davon ab, welche Angaben zu Daten Sie vor bzw. bei der Teilnahme an einem „Online-Meeting“ machen.

6.4.4 Folgende personenbezogene Daten sind Gegenstand der Verarbeitung, wenn Sie Online-Meetings nutzen:

- Angaben zum Benutzer: Anzeigename („Display name“) ggf. optional: E-Mail-Adresse, Profilbild, Bevorzugte Sprache
- Meeting-Metadaten: z.B. Datum, Uhrzeit, Meeting-ID, Telefonnummern, Ort, Teilnehmer-IP-Adressen, Geräte-/Hardware-Informationen
- Text-, Audio- und Videodaten: Sie haben ggf. die Möglichkeit, in einem „Online-Meeting“ die Chatfunktionen zu nutzen. Insoweit werden die von Ihnen gemachten Texteingaben verarbeitet, um diese im „Online-Meeting“ anzuzeigen und ggf. zu protokollieren. Um die Anzeige von Video und die Wiedergabe von Audio zu ermöglichen, werden entsprechend während der Dauer

des Meetings die Daten vom Mikrofon Ihres Endgeräts sowie von einer etwaigen Videokamera des Endgeräts verarbeitet. Sie können die Kamera oder das Mikrofon jederzeit selbst über die „Microsoft Teams“-Applikationen abschalten bzw. stummstellen.

Um an einem „Online-Meeting“ teilzunehmen bzw. den „Meeting-Raum“ zu betreten, müssen Sie zumindest Angaben zu Ihrem Namen machen.

Wir verwenden „Microsoft Teams“, um „Online-Meetings“ durchzuführen. Wir zeichnen keine „Online-Meetings“ auf. Sollten Sie dies jedoch in einem Einzelfall einmal wünschen, teilen Sie uns dies bitte rechtzeitig im Vorwege mit. In diesem Fall müssten alle Teilnehmer*innen zustimmen.

Die Chat-Inhalte werden bei der Verwendung von Microsoft Teams protokolliert. Eine automatisierte Entscheidungsfindung i.S.d. Art. 22 DSGVO kommt nicht zum Einsatz. Alternativ zu einem Online-Meeting kann ich Ihnen je nach Verfügbarkeit auch persönliche Treffen in unserer Kanzlei anbieten.

Bitte beachten Sie auch die Datenschutzerklärung von Microsoft:
<https://www.microsoft.com/de-de/privacy/privacystatement>

6.5 „Microsoft Bookings“

6.5.1 Wir haben eine Zeitlang das Tool „Microsoft Bookings“ zur Kontaktaufnahme und zur Terminvereinbarung genutzt. Sofern Ihr Mandat mit uns vor Februar 2024 zustande kam, haben wir im Rahmen der Mandatsanbahnung für Sie unter Umständen Daten verarbeitet.

6.5.2 Die Verbindung zu Microsoft Bookings wurde während der Nutzungsdauer nur hergestellt, **wenn Sie ausdrücklich einwilligten**. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten in Bezug auf den Dienst Microsoft Bookings ist Ihre Einwilligung Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe a) DSGVO.

Über Microsoft Bookings verarbeiteten wir Ihre folgenden personenbezogenen Daten:

- Name, Vorname (*)
- Telefonnummer
- E-Mail-Adresse (*)
- bevorzugte Kommunikationsform (Telefon, Videokonferenzsystem) (*)
- Grund Ihrer Anfrage.
- von Ihnen ergänzter Freitext

- Zeitpunkt von Terminanfrage und vereinbartem Termin (*)

Die mit einem Stern (*) gekennzeichneten Daten sind für eine Kontaktaufnahme notwendig, die übrigen dienen der Vorbereitung des Termins bzw. sind notwendig für bestimmte Kommunikationswege (Telefon).

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten durch uns umfasst:

- Datenerhebung
- Datenspeicherung
- Nutzung zur Vorbereitung und Durchführung des vereinbarten Termins
- Wenn Sie uns in Folge des Termins ein Mandat erteilen, verwenden wir die Daten weiter im Rahmen der Mandatsvereinbarung. Dafür gelten dann die allgemeinen Daten

6.5.3 Diese Daten werden von berechtigten Personen unter Einhaltung einer angemessenen Datensicherheit bearbeitet. Wir setzen hierzu den Dienst MS Bookings ein (siehe „Informationen zum eingesetzten Dienst (MS Bookings)“).

6.5.4 Zu diesem Zeitpunkt war, wenn Sie mit uns online Termine vereinbaren wollten, die Nutzung des Dienstes Microsoft Bookings nötig. Alternativ können Sie Termine auch telefonisch oder per E-Mail an mail@huebnerrecht.de anfragen.

6.5.5 Informationen zum eingesetzten Dienst

Wir nutzten den Dienst Microsoft Bookings (<https://www.microsoft.com/de-de/microsoft-365/business/scheduling-and-booking-app>) des Anbieters Microsoft Ireland Operations Limited, One Microsoft Place, South County Business Park, Leopardstown, Dublin 18 D18 P521. Für die Terminvereinbarung werden Ihre Eingaben im Terminvereinbarungs-Formular an Microsoft übertragen. Weitergehende Informationen zum Umgang Ihren Daten finden Sie in der Datenschutzerklärung von Microsoft (<https://privacy.microsoft.com/de-de/privacystatement>).

6.6 „DeepL Pro Starter“

Wir nutzen den Dienst „DeepL Translator Pro Starter“ von DeepL SE, Maarweg 165, 50825 Köln, zur Übersetzung und Verbesserung von Texten. Hierbei werden die eingereichten Texte oder Dokumente nicht dauerhaft gespeichert und nur vorübergehend vorgehalten, soweit dies für die Erstellung und Übertragung der Übersetzungen oder Verbesserung notwendig ist. Nach vollständiger Erbringung der vertraglichen geschuldeten Leistung werden sowohl die eingereichten Texte oder Dokumente als auch deren Übersetzungen oder Verbesserungen gelöscht. Bei

der Verwendung dieses Dienstes verwendet DeepL die Texte nicht, um die Qualität ihrer Dienstleistungen zu verbessern. Weitere Informationen zur Verarbeitung der Daten durch DeepL finden Sie in deren [Datenschutzerklärung](#) sowie in deren [DeepL Pro Allgemeinen Geschäftsbedingungen](#). Wir haben mit DeepL einen Auftragsverarbeitungsvertrag abgeschlossen.

6.7 „ChatGPT“

Zur internen Vorbereitung und Qualitätssicherung nutzen wir bei Bedarf das KI-gestützte Textanalysewerkzeug **ChatGPT** des Anbieters OpenAI Ireland Limited, 1st Floor, The Liffey Trust Centre, 117-126 Sheriff Street Upper, Dublin 1, D01 YC43, Irland.

Die Nutzung erfolgt im Rahmen eines kostenpflichtigen, professionellen Nutzungsplans mit organisatorischen und technischen Schutzmaßnahmen (Team-Version). Die Verarbeitung erfolgt ausschließlich zweckgebunden und vertraulich im Rahmen der Bearbeitung Ihres Anliegens, insbesondere zur sprachlichen Klarstellung, Strukturierung, Gliederung oder Formatierung rechtlicher Texte.

Dabei geben wir keine personenbezogenen Daten von Ihnen ein. Etwaige Falldarstellungen werden vorab so abstrahiert oder anonymisiert, dass kein Bezug zu Ihrer Person hergestellt werden kann.

OpenAI verarbeitet die eingegebenen Informationen nicht zu Trainingszwecken. Es findet keine Weitergabe an Dritte statt. Die Übertragung erfolgt verschlüsselt, die Verarbeitung findet auf Servern innerhalb der EU oder unter Einhaltung angemessener Datenschutzstandards statt.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigtes Interesse an einer effizienten und qualitativ hochwertigen Arbeitsvorbereitung unter strikter Wahrung des anwaltlichen Berufsgeheimnisses). Eine automatisierte Einzelentscheidung im Sinne von Art. 22 DSGVO findet nicht statt. Die Ergebnisse der KI-gestützten Bearbeitung werden von uns stets fachlich geprüft, eine unkontrollierte Verwendung erfolgt nicht.

Weitere Informationen zur Datenverarbeitung durch ChatGPT erhalten Sie unter: <https://privacy.openai.com/policies>

6.8 „Libra“

Zur internen Recherche und Arbeitsvorbereitung nutzen wir bei Bedarf den juristischen KI-gestützten Recherche- und Textassistenten **Libra**, ein Angebot der Libra Technology GmbH, Max-Urlich-Str. 3, Merantix AI Campus, 13355 Berlin.

Die Nutzung erfolgt ausschließlich **zweckgebunden im Rahmen der anwaltlichen Arbeitsvorbereitung**, um rechtliche Fragestellungen effizienter zu bearbeiten und unsere Dienstleistungen zu optimieren. Die Verarbeitung erfolgt über eine gesicherte Verbindung innerhalb eines geschlossenen Systems unter Einhaltung hoher datenschutzrechtlicher und berufsrechtlicher Standards.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen der Nutzung von Libra ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigtes Interesse). Unser berechtigtes Interesse liegt in der Steigerung der Effizienz sowie der Qualität unserer Dienstleistungen. Eine Weitergabe der Daten an Dritte erfolgt nicht. Sofern eine Auftragsverarbeitung durch den Anbieter von Libra erfolgt sind vertragliche Vereinbarungen zur Wahrung des Datenschutzes sind abgeschlossen.

Weitere Informationen zur Datenverarbeitung durch Libra erhalten Sie unter: <https://libratech.ai/de/data> und <https://libratech.ai/de/terms>.

Kunden-Dokumenten und Kunden-Input werden niemals zum Trainieren von Large Language Models verwendet. Die Verarbeitung erfolgt ausschließlich in Deutschland und unterliegt den Datenschutzbestimmungen der DSGVO sowie der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO (berechtigtes Interesse an effizienter und strukturierter Arbeitsvorbereitung bei strikter Wahrung des Berufsgeheimnisses). Eine automatisierte Entscheidung im Sinne von Art. 22 DSGVO findet nicht statt. Die Ergebnisse der KI-gestützten Bearbeitung werden durch uns stets fachlich geprüft, es erfolgt keine unkontrollierte Verwendung.

6.9 Weitere Verarbeitungstätigkeiten

Verarbeiten wir von Ihnen personenbezogene Daten für einen bislang nicht genannten Zweck, informieren wir Sie hierüber gesondert und erbitten ggf. Ihre Einwilligung.

7 Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten

Innerhalb der Kanzlei erhalten die Personen Zugriff auf Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung vertraglicher und gesetzlicher Pflichten benötigen.

Darüber hinaus ist es uns gestattet, Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger außerhalb des Unternehmens zu übermitteln, soweit dies zur Abwicklung des Mandatsverhältnisses erforderlich ist.

Beispielsweise sind dies die nachfolgenden Empfänger:

- Gerichte
- Prozess- und Verfahrensgegner und deren Vertreter
- Vollstreckungsorgane und Drittschuldner
- Haftpflichtversicherungen
- Weitere Personen, z.B. Steuerberater/Unternehmensberater mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung

Das anwaltliche Berufsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Berufsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit dem / der Mandatierenden.

8 Übermittlung an Drittländer

Soweit im Rahmen einzelner Tools eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an Anbieter außerhalb der EU/EWR erforderlich werden sollte, erfolgt dies ausschließlich auf Grundlage von Standardvertragsklauseln der EU-Kommission oder vergleichbarer Garantien, um ein angemessenes Datenschutzniveau sicherzustellen. Ihre Daten werden aktuell nicht in Länder außerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder in einen anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum übermittelt.

9 Hinweise zu den Betroffenenrechten

Der/dem Mandatierenden stehen aufgrund der Verarbeitung seiner/ihrer personenbezogenen Daten als betroffene Person i.S.d. DSGVO., soweit die Voraussetzungen der jeweiligen Regelung erfüllt sind, folgende Rechte gegenüber dem „Verantwortlichen“ im datenschutzrechtlichen Sinne zu:

- 9.1 Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO: Das Recht von dem Verantwortlichen Auskunft darüber zu verlangen, ob dieser die betroffene Person betreffende personenbezogene Daten verarbeitet. Trifft dies zu, hat die betroffene Person ein Recht auf Auskunft über die in Art. 15 DSGVO aufgeführten Informationen.
- 9.2 Recht auf Berichtigung der personenbezogenen Daten, Art. 16 DSGVO: Die betroffene Person hat gemäß Art. 16 DSGVO gegenüber dem Verantwortlichen ein Recht auf Berichtigung bzw. Vervollständigung sie betreffender personenbezogener Daten, soweit die sie betreffenden personenbezogenen Daten unrichtig bzw. unvollständig sind.
- 9.3 Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“), Art. 17 DSGVO: Nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO hat die betroffene Person das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten gelöscht werden, soweit diese für das Mandat und zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten (z. B. Aufbewahrungspflichten) nicht mehr erforderlich sind.
- 9.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO: Die betroffene Person hat unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.
- 9.5 Recht auf Unterrichtung, Art. 19 DSGVO: Gegenüber dem Verantwortlichen steht der betroffenen Person gemäß Art. 19 DSGVO das Recht zu, über die Empfänger unterrichtet zu werden, denen die sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden und denen gegenüber der Verantwortliche ihre Geltendmachung der Rechte auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung ihrer Daten mitgeteilt hat.
- 9.6 Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO: Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO hat die betroffene Person das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Sie hat das Recht, unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln. Sie hat das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist.
- 9.7 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung, Art. 21 DSGVO: Nach Maßgabe von Art. 21 DSGVO hat die betroffene Person das Recht, jederzeit gegen die

Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder lit f erfolgt, Widerspruch einzulegen.

- 9.8 Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung, Art. 7 DSGVO: Der betroffenen Person steht nach Art. 7 DSGVO das Recht zu, ihre Einwilligung zur Verarbeitung sie betreffende personenbezogene Daten jederzeit zu widerrufen.
- 9.9 Recht der Beschwerde bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde, Art. 77 DSGVO: Unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe hat die betroffene Person gemäß Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde beim Datenschutzbeauftragten oder bei einer Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten durch mich gegen die DSGVO oder andere Gesetze verstößt.

10 **Änderungen dieser Datenschutzinformation**

Wir behalten uns vor, diese Datenschutzinformation anzupassen, um sie stets den aktuellen rechtlichen Anforderungen oder Änderungen unserer Leistungen oder internen Prozesse anzupassen. Über wesentliche Änderungen informieren wir Sie per E-Mail, auf unserer Website oder im Rahmen unserer Kommunikation mit Ihnen.

Bei Fragen zur Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten, bei Auskünften, Berichtigung, Sperrung oder Löschung von Daten und mit Anfragen und Beschwerden können Sie sich jederzeit an uns wenden.